

mit den Fall, daß eine Arbeiterorganisation gegen Wort- und Vertragsbrüche gewordene Mitglieder Maßnahmen anwenden würde, die denen des Arbeiter-Vereins ähnlichen, welcher Sturm der Enttäuschung in der kapitalistischen Klasse erheben würde, Polizei und Justiz würden aufgerufen werden, der Reichsfänger Reichmann-Dollwo würde die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um am Reichstag den Arbeit- und Lohnkämpfern die Versicherung zu geben, daß die Regierung bemüht sei, auf vertriebenen Wegen eine Wiederholung solcher Vorkommnisse zu verhindern.

Wenn irgend ein Unternehmer die Verhandlung mit Vertretern der Arbeiterklasse ablehnt, dann verliert er, diese Nichtachtung und Provokation der Arbeiterklasse mit dem Spruch zu begründen, er wolle „Herr in seinem Hause“ sein. Vielleicht geben die jetzt so betrüblichen Geleiten des Scharfmachertums der Öffentlichkeit auch einmal die Auskunft, wie sich Arbeitsverhältnisse der dargelegten Art mit diesem „Herr in Hause“ verhalten. Wenn ein Unternehmer einem ihm ins Haus geschickten Ermittlungsbeamten den Eintritt verweigert, hat er dem Ermittler die Strafe von 20000 M. zu entrichten, die gleiche Strafe hat er als Strafe zu zahlen, wenn er seine Bücher und Akten dem Ermittlungsbeamten nicht zur Einsicht vorlegen will. Alles ist gut und schön. Wehe aber dem organisierten Arbeiter, der einen Streikbrecher nachdrücklich an die Schwadtscheit und Verwerflichkeit seines Handelns erinnert und ihn zur Solidarität zu überreden sucht. Dann ist die persönliche Freiheit der Arbeitswilligen gefährdet, zum Schutz der Arbeit, wie der Ausdruck so schön lautet, werden Polizeimassen aufgebaut, reisenden Jaren gleich sind die Arbeitswilligen bei Tag und Nacht von Polizeigenossen umgeben, die verhindern sollen, daß den Streikbrechern Aufklärung über ihr schändliches Tun gegeben wird. Das diese Praxis genügt den Scharfmachern nicht, um die persönliche Freiheit der Streikbrecher zu schützen, sie weihen das glatte und reine Verbot des Streikpostenlebens überhaupt.

Angesichts des Terrors des Großkapitals und der von seinen Agenten so rühmend beteuerten Sorgen um einen ausreichenden Schutz der persönlichen Freiheit mußte also unbedingt die Forderung erhoben werden, das durch die Syndikate bedrückte und eingeschüchterte Unternehmertum gegen die fortwährenden Ausschreitungen der Kartellbildungen wirksam zu schützen.

Aber an solchen „Schutz der Freiheit“ wird nicht gedacht. Das Großkapital ist längst so mächtig geworden, daß es in der Terrorisierung der Unternehmer, die ihre besonderen Wege neben wollen, nicht behindert werden kann. Was bei den Arbeitern als Verbrechen ausgeführt wird, das ist bei den Unternehmern „gutes Recht“!

Und doch sagen manche Leute, es gebe nicht zweierlei Recht im heutigen „Rechtsstaate“!

Deutsches Reich.

Zammungsbemühungen der Schwarzblauen.

Je näher die Reichstagswahlen kommen, desto schwächer wird den Strömungen des schwarzblauen Bloß zu Rute. Ihnen ist nicht sehr wohl bei dem Gedanken, daß sie die Kräfte, die das Volk als Leitlinie für ihre reaktionären Heldentaten auszuweisen wird, allein tragen sollen, deshalb haben sie angstvoll nach Hilfe aus. Und zwar spezifizieren sie auf Unterstützung von nationalliberaler Seite. Die Hoffnung darauf, daß sich die gesamte nationalliberale Partei in ihren Blockwagen wird einpacken lassen, scheinen sie aufgegeben zu haben, aber sie glauben, daß sie wenigstens den rechten Flügel der Nationalliberalen heranzuziehen werden. Auf der Generalversammlung des Augustinervereins, des Vereins für die katholische Presse, in Köln wurde nach einem Bericht der Augsburger Abendzeitung der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Regierung mit einer Mehrheit, die allein aus Zentrum und Konserwativen bestünde, nur schlecht würde arbeiten können. Daraus ergab sich, daß im Interesse der Gesundheit unseres politischen Lebens wenigstens ein Teil der Nationalliberalen zur rechtsstehenden, positiv arbeitenden Mehrheit unbedingt erforderlich ist.

Von konserwativer Seite laßt man die Nationalliberalen durch Drohungen fette zu kriegen. Man werbe, so heißt es, sie bei den nächsten Wahlen nicht mehr unterstützen, sie nicht besser behandeln als die Fortschrittler. So erklärte der frühere Staatssekretär v. Müller auf dem pommerischen konserwativen Parteitag:

„Wenn es der alte Nationalliberalismus noch wäre, nicht der von Wasserfall bis Bebel, dann wünschte ich ihm bei den nächsten Wahlen recht viele Siege. Aber wo er bloß Futter für die Linke ist, Futter für die Sozialdemokratie, dann ist in der Stichwahl ein Nationalliberaler die Stimme nicht geben.“

Sehr schlecht ist ein Herr v. Willow, der in der Kreuzzeitung zum Wort kommt, auf Herrn Wasserfall zu sprechen, der schon längst dem Großbloß mit Haut und Haaren verfallen wäre, wenn nicht immer noch vom rechten Flügel der Partei her ein Haß ertönte. Es ist, so heißt es in dieser Zeitschrift weiter, ein gewaltiger Unterschied, ob man einen rechtsnationalliberalen unterfüßigen oder einen Jungliberalen. Die rechtsnationalliberalen können nur unterliegen, wenn sie sich von Wasserfall und den Jungliberalen offiziell loslagern.

In einer anderen Zeitschrift, die die Kreuzzeitung angeht, aus dem Westen bekommen hat und die sich mit der Neujahrsehrift des Herrn Wasserfall befaßt, wird versucht, den Nationalliberalen damit Angst zu machen, daß ihnen vorgehalten wird, durch Ermüdung der Konserwativen würde nur das Zentrum wieder in seine frühere ausschlaggebende Stellung gebracht werden, so daß es mit der Sozialdemokratie wieder eine Abwehrmacht bilden können. Mit der nationalliberalen Laits würden nur die Geschäfte der Sozialdemokratie beizugehen.

In einer empfindlichen Stelle laßt die Konservative Korrespondenz die Nationalliberalen zu waden, indem sie die konserwativen Anbiederungsversuche bei den Großindustriellen fortsetzt. Man wird nicht feilschen, wenn man auch hierin einen Versuch erblickt, die Nationalliberalen einzuschüchtern. Was sollte denn aus der nationalliberalen Parteifasse werden, wenn es den Konserwativen gelänge, die Herren von Rohle und Eisen der nationalliberalen Partei absperrung zu machen?

Die konservative Partei sei diejenige, die aus ihren Generalanstellungen heraus der Industrie am nächsten stehe. Sie stehe allen

lassen sozialen Fortschritten, die in letzter Linie eine Revolutionierung unseres gesamten Staatslebens herbeiführen, fest entgegen, während der gesamte Liberalismus — früher wäre das nicht der Fall gewesen — geneigt sei, wertvolle Autoritätsrechte des Unternehmertums einzuzugun und preiszugeben.

Die Herren von der Großindustrie würden weiter nichts tun, als sich öffentlich zu dem bekennen, was sie schon längst sind, wenn sie sich der konserwativen Partei anschließen. Diejenigen Nationalliberalen aber, die auch nur den Schein wahren wollen, daß bei ihnen noch ein bißchen Liberalismus zu finden ist, dürfen sich durch die schwarzblauen Lockungen und Drohungen nicht rühren lassen. Verzichteten sie auf den Kampf gegen den schwarzblauen Bloß, so würden sie jeden Rest von Kredit, den sie etwa noch bei den Wählern haben, verlieren. Und der Dank der Schwarzblauen würde — man denke nur an die Vorgänge während der Willowschen Blockade — in Gestalt von Zutritten nicht ausbleiben.

Nationale Arbeiterkandidaturen.

Ein helles Licht auf reizende Unternehmernmachenschaften wirft ein Briefwechsel, der unserem Dresdener Parteiorgan, der Volkswacht, auf den Redaktionstisch gestiegen ist.

Im den Wahlkreis Waldenburg dem Sozialdemokraten Eadie zu entziehen, gedachten die dortigen Rubenkapitalisten es mit der Aufstellung eines „nationalen Arbeiterkandidaten“ zu versuchen, und zwar fiel, da man in Sachsen niemand fand, den man der Ehre für würdig erachtete, die Wahl auf einen Freund der „nationalen Arbeiterbewegung“ in Westfalen, einen Herrn Wilhelm Hoppstädter in Bielefeld. Der Direktor der Räumlichen Gruben, ein Herr Müller, schrieb also an Herrn Hoppstädter und bat ihn die Reichstagskandidatur im Waldenburger Wahlkreis an. Doch Herrn Hoppstädter liegen einige Bedenken auf, und er schrieb zunächst an Herrn Müller folgenden Brief:

„Mein lieber Herr Müller!
Ihre Briefe über die Frage, ob meine Verhältnisse und mein Gesundheitszustand mir gestatten, die dortige Wahlkandidatur anzunehmen. So viel ich weiß, ist Sache ziemlich fest im Saftel, und die „Zeitläufe“ sind nicht dazu angetan, die Zahl der Sozialdemokraten zu vermindern. Außerdem habe ich gelinde Zweifel, ob mein fortgeschrittenen sozialer Standpunkt den dortigen nationalen Parteifreunden behagt. Die westfälischen Großindustriellen hatten sich eine gelinde Abneigung gegen mich, obgleich es doch klar ist, daß ein industrieller Wahlkreis nur von einem ehrlichen Arbeiterfreund zu erobern und zu verteidigen ist. Ich bin annehmend genug zu behaupten, daß ich als Reichstagskandidat den Wahlkreis Bodegum nicht verloren hätte. Werde ich in Waldenburg genehmert sein wie in Westfalen?
Mit besten Grüßen auch von den Meinigen
Ihr
Wilhelm Hoppstädter.“

Herrn Hoppstädters Vorsicht war sehr am Platze, denn die Antwort, die er erhielt, läßt einen klaren Schluß zu, welche Zwecke das Rubenkapital mit seinen „nationalen Arbeiterkandidaten“ verfolgt. Herr Regierungsrat v. Reindorf, der Generaldirektor der Kaiserlich Preussischen Gruben, der inzwischen die Sache in seine Hand genommen hatte, antwortete dem „ehelichen Arbeiterfreund“:

„Sehr geehrter Herr Hoppstädter!
Ich würde Sie gern bitten, in einer hier demnächst angukommenden Wahlversammlung einen Vortrag zu übernehmen, möchte aber mit Rücksicht auf eine Verlegung ihres Schreibens um eine Aufklärung bitten. Die hauptächlichsten Mitglieder des Wahlvereins sind hier freikonserwativ und industriell. Sie schreiben, daß Sie einen fortgeschrittenen sozialen Standpunkt einnehmen. Ich weiß nicht, ob Sie damit eine so weit gehende Arbeiterfreundlichkeit andeuten wollen, daß Sie etwa im Poladomstischen Sinne die Arbeiter noch weiter auf Kosten der an sich schon erschöpfend belasteten Industrie beschützen und pflegen wollen oder ob Sie im wesentlichen die heute bestehende Bürgerversicherung erachten. Wir können also die von den Neuerungen der letzten Jahre hauptsächlich betroffenen notwendig dem weiteren Fortschreiten der sozialpolitischen Verfassung nicht das Wort reden und würden deshalb sehr verständlich nicht gern leben, wenn in unseren Versammlungen etwa dergartige Anregungen zum Ausdruck kämen. Ich bitte Sie um die Mitteilung Ihrer Auffassung hierüber und um Neukerzung danach, ob und worüber Sie hier eventuell zu sprechen bereit sein werden.
Gedächtnisvoll ergebenst
Der Vorsitzende
J. G. v. Reindorf, kgl. Regierungsrat a. D.“

Das Schreiben ist charakteristisch für die Anschauungen der Rubenkapitalisten. Sogar die milde, jaghafte Sozialpolitik eines Poladomstsch erscheint diesen Herren schon als hyperkritikal. Die Arbeiterverflechtung kostet Geld, und um dieses Geld werden die Riesen-einkünfte der Domersuward und Pleß, der Niese-Windler und Wallestrom vernindert.

Aus der „nationalen“ Kandidatur des Herrn Hoppstädter ist denn auch nichts geworden. Der Versuch der Aufstellung solcher „nationalen Arbeiterkandidaten“ wird in anderen Kreisen wiederholt werden. Der obige Briefwechsel zeigt, welchen sauberen Zwecken das ganze Manöver dient.

Ueber den Roabiter Prozeß

veröffentlicht Hofgang seine einen Aufsatz im Münchner März. Er laßt darin u. a.: „Die Verteidigung muß ihre Beweisführung fortsetzen, bis den Reaktionsären auch die Ausrede abgeschnitten ist, es könnten wohl einzelne durch die Erregung erklärliche „Wißgriffe“ von Beamten untergelaufen sein, und bis das Maß der Schuld der Polizei unerschütterlich feststeht.“

Freilich dreht es sich jetzt nicht mehr bloß um die Angeklagten, sondern um die Abwehr von Anschlügen auf die vorklaren Rechte und die wirtschaftliche Organisation des Volkes. Es handelt sich vor allem auch um das Recht der Angeklagten auf volle Freiheit der Beweisführung im Strafprozeß, das die Regierungen beiseite schieben. Wenn irgend etwas, so beweist dieser Prozeß die Notwendigkeit der heute geltenden Bestimmung.

Als politische Tendenzaktion hat dieser Prozeß begonnen. Er muß nun so bis an bittere Ende ausgefohrt werden. Wenn läbel wird, wenn er wochenlang in der Zeitung immer wieder von neuen Rohheiten lesen muß, der möge diejenigen dafür verantwortlisch machen, die schon in die Anklage die politische Tendenz hineingetragen haben.“

Die Kartellfrage in der Reichsversicherungsordnung.

Nach Meldung einer parlamentarischen Kartellkommission ist eine Verhandlung unter den Reichstagsparteien in der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstags über die Lösung der Kartellfrage eingeleitet worden. Die Meldung besagt:

„Die Verhandlung beruht darauf, daß die in der Vorlage vorgelegten Vertragsausstöße als solche überhaupt in Fortfall kommen sollen. Bedinglich ihre Funktion, als Einigungssamt zu wirken, soll erhalten bleiben. Bei dieser Lösung bliebe es also beiden Parteien überlassen, auf dem Wege freier Vereinbarung zu einem Vertragsverhältnis zu gelangen. Es würde lediglich eine Instanz geschaffen, deren Entscheidung die Parteien anrufen können, wenn eine Verständigung nicht zu erzielen ist. Nun kann aber einem solchen Einigungsamt die Befugnis zu bindender Entscheidung nicht gegeben werden und so bleibt die Möglichkeit bestehen, daß ein Vertrag zwischen einer Kasse und den Versicherten zustande kommt. Um in solchen Fällen unter allen Umständen eine ordnungsgemäße ärztliche Versorgung der Kassenglieder sicher zu stellen, sollen stellen, die trotz ihrer Vereinnahmung, sich dem Spruch des Einigungsamtes zu unterwerfen, durch die Ablehnung der Karte zu einem Vertragsabschluss nicht gelangen können, berechtigt sein, statt ärztlicher Versorgung die erforderliche Krankenpflege durch erhöhtes Krankengeld zu gewährleisten, mit dem sich der Versicherte die Krankenpflege selbst zu beschaffen hat. Man stimmt an, daß die Regierung dieser Lösung zustimmt und sich auch im Plenum des Reichstags eine Mehrheit finden wird.“

Die Ursachen des Rußland von Pönape.

Das antislavische Deutsche Kolonialblatt veröffentlicht eine Verordnung des stellvertretenden Gouverneurs von Deutsch-Neuguinea vom 7. Oktober 1910, durch die allen männlichen Eingeborenen des Inselgebietes der Karolinen, Palau, Marianen- und Marshallinseln eine Kopfsteuer auferlegt wird. Von der Steuerpflicht sind die Angehörigen der Polizeitruppen, die Väter von mehr als vier im Inselgebiet wohnenden unterwachsenen Kindern und die als Vertragsarbeiter angeworbenen nicht einheimischen Eingeborenen ausgenommen. Die Steuer bewegt sich zwischen 20 und 40 M. für den Kopf; sie kann durch Steuerarbeit ersetzt werden.

Es ist wahrnehmlich, daß der „Kulturlegen“ der Kopfsteuer die unmittelbare Ursache der Eingeborenenhebung war, die jetzt durch neue Kulturarbeit, durch Strafexpeditionen erstirkt wird.

Manbatsmüde. Der fortschrittliche Abgeordnete Enderß, der bei den Wahlen im Kreise Sonneberg gewählt wurde, hat seine Forderung, in dem Kreise wieder zu kandidieren, mit Rücksicht auf die völlig veränderten Verhältnisse im Wahlkreis zurückgezogen. Diese völlig veränderten Verhältnisse bestehen darin, daß der Fortschritt so ziemlich abgemindert hat und seine Niederlage im kommenden Wahlkampf nicht zweifelhaft sein kann. Abg. Enderß legte mit 1318 Stimmen über den Gewinnselbsthaus, auf den 12712 Stimmen gefallen waren.

Schönungskriter in Hamburg. Der Ausschuß der Hamburger Bürgerwehr, der über eine Abänderung des Hamburgerischen Erbschaftsteuergesetzes berät, schlägt dem Senat vor, die in Hamburg längst bestehende Erbschaftsteuer für Abkömmlinge durch eine Schenkungssteuer auf Abkömmlinge zu erweitern. Die Bedenken, daß dadurch der berühmte germanische Familienstamm in Gefahr gerate, wurden durch den Hinweis beseitigt, daß die Schenkungssteuer für Abkömmlinge in Bremen, wo sie seit 1904 besteht, zu keinerlei Ungünstigkeiten geführt habe.

Der Vorsitzende von Glasbach L. Thür. hatte sich am Streit der Solgarbeiter beteiligt und pflichtgemäß auf Streikposten gegangen. Im Wege des Disziplinarverfahrens wurde er wegen dieser „Verbrechen“ vom Landrat in Königsee zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Auf Rekurs entschied das Schwarzburg-Rudolstadtische Ministerium, der Landrat habe mit Recht durch eine Ordnungsmaßnahme erteilt, daß sich der Vorsitzende als Verwalter der Ortspolizei an dem Streik und am Streikpostenlehen, das an und für sich keine strafbare Handlung beder, beteiligt habe.

Kleine politische Nachrichten. Bukarester Meldungen zufolge wird das liberale Kabinett Brasiliu in den nächsten Tagen zurücktreten und der Führer der Konserwativen, Carp, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut werden. Dem konserwativen Parteiführer Carp dürfte ein einflussreicher Anhang fehlen, weil die demokratischen Strömungen in den letzten Jahren im Lande überall die Oberhand gewonnen haben. — Die türkischen Wochenschriften bei den Kremlinschen sind demontiert worden, nicht nur wegen der Verletzung des griechischen Neutralitätsgesetzes durch die türkische Kammer, sondern überhaupt gegen die Anwendung der griechischen Gesetzgebung zu erheben. Wie in den Kreisen der Horte verlautet, erhält die Horte fortwährend die günstigsten Nachrichten der Fremdmächte bezüglich der Streikfrage. — Das Pissaboner Anstaltsblatt veröffentlicht einen Erlaß der Regierung, daß ein Staatsvertrag zwischen Italien und Portugal über eine Grenze für die Admign Witwe Maria Pia erst nach dem Zusammentritt des portugiesischen Parlaments abgeschlossen werden kann; einverleihen soll der Admign Witwe monatlich ein Betrag von zwei Kontos Reis gezahlt werden. — In Honduras, wo der frühere Präsident Bonilla bei Wertes Cortes gelandet und sich zum Präsidenten der Republik proklamiert hat, haben die Aufständischen weitere Erfolge zu verzeichnen. Ein Telegramm aus Neuorleans vom 3. Januar meldet: Einem Telegramm aus Puerto Barrios zufolge hat das Rannensboot der Aufständischen Hornet, Trullilo genommen. Die Garulson der Insel Rookan hat sich ohne einen Schuß abgesetzt, ergeben und den Revolutionären angeschlossen.

Ausland.

Türkei.

Die Schwierigkeiten des Kabinetts. Konstantinopel, 3. Januar. Die Situation des Kabinetts hat sich seit der letzten Abstimmung, in der ein gegen die Regierung gerichteter Antrag nur mit der geringen Mehrheit von 99 gegen 73 Stimmen abgelehnt wurde, nicht gelüht und nicht gebessert. Man geht infolgedessen jetzt einer sehr unsicheren parlamentarischen Situation entgegen. Bei der letzten Abstimmung haben auch zahlreiche jungtürkische Abgeordnete sich der Stimmgabe enthalten, denn sie sehen die Wortworte der Opposition für berechtigt an, daß die Regierung Dr. Misa nur zu Unrecht wegen angeblicher Umtriebe die monatelang gefangen gehalten und andere politische Forderungen habe mishandeln lassen. Man berechnete jetzt, daß infolge dieser Scheidung der Weister die Kabinettsmitglieder 70 Mitglieder verloren hat. Zwar trüht sich der Lanin damit, daß der Rest der Partei, der nunmehr geringst sei, einen um so festeren Bloß bilde. Die Regierung aber wird sich klar sein, daß kein Kabinettsmitglied sich dauernd auf eine so schwache Partei gegenüber einer Opposition von 170 Stimmen zu stützen vermag. Andererseits vermag allerdings die Opposition in viele heterogene Elemente, daß auch hier Stabilität und einheitliches Programm nicht wahrnehmlich sind. Die Presse sieht die innere Lage ernst an. Viele Abgeordnete und auch der Großweiser zeigen Müdigkeit und Unzufriedenheit.

Bulgarien.

Die Ministeranklage. Sofia, 3. Januar. In der heutigen Sobranessung hielten die angedenklichen Minister Responen auf die gegen sie gerichteten Anklagen, indem wurde die Abstimmung des Antrages auf Erhebung der Anklage vorgenommen. Der Antrag wurde von der Sobranje einstimmig angenommen. Daraus wurde eine zwölfgliedrige Untersuchungskommission gewählt.